



**Geschäftsführung
Verkehrsausschuss**

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 13.10.2016

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der 19. Sitzung des
Verkehrsausschusses vom 06.09.2016**

öffentlich

**2.2 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2016 betr.
Verkehrsbelastung im Stadtbezirk Mülheim senken!
AN/1439/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 06.09.2016
AN/1452/2016**

RM dos Santos Herrmann begründet und erläutert seitens der SPD-Fraktion die beantragten Maßnahmen.

Sowohl RM Michel als auch RM Hammer möchten weder die Dringlichkeit noch die Intention als Solche anzweifeln; der Antrag sei jedoch zu komplex als dass er fraktionsintern bis heute in Gänze beraten werden konnte und insofern schlagen sie vor, die Punkte 1 und 2 in die kommende Sitzung zu vertagen. Die Prüfaufträge bzw. Ergebnisse der gestrigen BV Mülheim-Sitzung könnten dann in die Beratung mit einfließen. Punkt 3 des Antrages komme im Grunde genommen einer Anfrage gleich und sei insofern unkritisch.

RM Weisenstein bestätigt, dass die BV Mülheim in ihrer Sitzung einen ausführlichen und weitreichenden Beschluss gefasst habe, den die Fraktion Die Linke auch im hiesigen Ausschuss behandeln möchte. Den Vertagungsantrag könne er nicht nachvollziehen, da der Dringlichkeit zu Beginn der Sitzung einstimmig zugestimmt wurde.

Seitens der FDP-Fraktion merkt RM Houben an, dass der vorliegende Dringlichkeitsantrag zum Einen Themen beinhalte, die bereits seit Jahren diskutiert werden - beispielsweise die Verlängerung der Linie 1 - und zum Anderen zwar überwiegend die Symptome und Probleme sehr ausführlich beschreibe, die vorgeschlagenen Lösungen jedoch oberflächlich erscheinen.

SB Ott weist diesen Vorwurf nachdrücklich zurück. So seien beispielsweise sowohl die Verlängerung der Linie 1 als auch die Dreifachtraktion von offizieller Stelle ange-

meldete Maßnahmen. Zudem habe inzwischen auch die Stadt Bergisch Gladbach Handlungsbedarf erkannt, so dass man sich nun von einem gemeinsamen Agieren und einer gemeinsamen Prioritätensetzung aller Beteiligten – Stadt Köln, Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch Bergischer Kreis – durchsetzungskräftige Chancen erhoffe. Aufgrund der vorliegenden Klage der Deutschen Umwelthilfe gegen die Stadt Köln sollte schnellstmöglich ein deutliches, politisch einstimmiges Signal gesetzt werden.

Ausschussvorsitzender Wolter unterstreicht die Ausführungen der RM Michel und Hammer. Auch er sei der Überzeugung, dass hier dringender Handlungsbedarf geboten sei, wenngleich sicherlich wenig finanzielle Unterstützung durch Bund und Land zu erwarten sei; dennoch bitte er, derart komplexe Anträge nicht erst am Wochenende vor der Sitzung einzubringen. Zudem wurde bei der vergangenen Arbeitssitzung mit den benachbarten Kommunen vereinbart, mit den Gesprächsinhalten zunächst nicht an die Öffentlichkeit zu gehen.

Auch Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, zeigt sich sehr erfreut, dass nun alle Beteiligten zu einer ernsthaften, gemeinsamen Zusammenarbeit bereit seien. Ende September finde ein weiteres Gespräch statt, bei dem u.a. die Maßnahmen hinsichtlich Wirksamkeit und Umsetzbarkeit bewertet werden sollen. Er hoffe, dass man nun nach vielen Jahren auf einem guten - wenn auch langen - Weg sei und dass er in der kommenden Sitzung am 08.11. einiges berichten könne.

RM dos Santos Herrmann ist sich bewusst, dass nicht alle Maßnahme kurzfristig umgesetzt werden können. Die SPD-Fraktion glaube jedoch, dass beispielsweise der Ausbau der P+R-Anlagen, die Durchfahrt der Linie 3 und der Einsatz von Verstärkerfahrten durchaus flott auf den Weg gebracht werden können. Diese Punkte heute nicht zu beschließen, bedeute, diese Dinge aufzuhalten.

Nach weiterer kontroverser Diskussion über die weitere Vorgehensweise stellt Vorsitzender Wolter den Vertagungsantrag zu den Ziff. 1 und 2 des SPD-Antrages sowie den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und anschließend Ziff. 3 des SPD-Antrages zur Abstimmung.

1. Beschluss (mündlicher Vertagungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

Der Antrag der SPD-Fraktion, Ziffern 1 und 2 sowie der Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke

„Vor dem Hintergrund der derzeitigen Verkehrssituation im Stadtbezirk Mülheim fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

1. Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, mit der Stadt Bergisch Gladbach bis Ende 2016 eine Verkehrsuntersuchung durchzuführen und ein gemeinsames Vorgehen zur Verbesserung der Verkehrssituation im Kölner Osten und Bergisch Gladbach zu erarbeiten.
2. Der Ausschuss fordert die Verwaltung auf, im Vorgriff auf die Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung, umgehend Maßnahmen zur Reduzierung des Durchgangsverkehrs im Stadtbezirk Mülheim zu ergreifen. Folgende Maßnahmen sind dabei kurzfristig besonders zu betrachten und zu erwägen:
 - Eine Veränderung der Streckenführung für den LKW-Transitverkehr zur großräumigen Umfahrung des Stadtbezirks Mülheim,

- die Einrichtung von umweltsensitiven Ampelschaltungen (sogenannte "Pfortnerampeln") im Bereich der Stadtgrenze an der Bergisch-Gladbacher-Straße,
- der Ausbau der P&R-Kapazitäten an der KVB-Haltestelle Thielenbruch und am S-Bahnhof in Dellbrück,
- die ganztägige Durchfahrt der Linie 3 bis zur Endhaltestelle Thielenbruch an Werktagen sowie die Verlängerung der Linie 3 nach Bergisch Gladbach,
- der Einsatz von Verstärkerbahnen auf den Linien 3 und 4 im Rechtsrheinischen,
- der Aufbau von Mobilitätshubs an den DB und KVB-Haltestellen im Stadtbezirk zur besseren Verknüpfung der unterschiedlichen Verkehrsmittel sowie
- die Verlängerung der Linie 1 nach Moitzfeld/Herkenrath.

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend dem Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim vom 05.09.2016 zu TOP 8.1.5 „Schadstoffbelastung am Clevischen Ring in Köln-Mülheim“, die in diesem Beschluss aufgeführten Maßnahmen unverzüglich zu prüfen und je nach Ergebnis der Prüfung umzusetzen.“

werden in die nächste Sitzung des Verkehrsausschusses am 08.11.2016 **vertagt**.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt gegen die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Linke bei Enthaltung der FDP-Fraktion

2. Beschluss (Antrag der SPD-Fraktion, Ziffer 3):

Darüber hinaus bittet der Ausschuss die Verwaltung, den Sachstand zum Beschluss des Verkehrsausschusses vom 22.9.2015 bezüglich

- der Bewertung des Maßnahmenkatalogs der Bezirksvertretung Mülheim,
- der Schaffung einer Schnellbusverbindung von Mülheim nach Bergisch Gladbach,
- der Schaffung einer durchgängigen Radwegeverbindung von Köln nach Bergisch Gladbach sowie
- der Gespräche mit den Tarifverbänden zur Schaffung eines einheitlichen Tarifes über die Stadtgrenzen Kölns und Bergisch Gladbach hinaus

zur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses darzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Im Anschluss an die Abstimmung gibt SB Ott eine persönliche Erklärung ab. Er weist darauf hin, dass zu der diskutierten Problematik bereits Anfang dieses Jahres eine gemeinsame öffentliche Veranstaltung stattgefunden habe und insofern keine geheimen Verhandlungsinhalte durch diesen Antrag veröffentlicht wurden. Jede Fraktion hatte die Gelegenheit, das Thema aufzugreifen.